

D4 Kommunale Energieversorgung stärken - für eine bessere Versorgungssicherheit, für lokale Wertschöpfung und für mehr Klimaschutz

Antragsteller*in: Erik Wassermann (KV Segeberg)

Tagesordnungspunkt: 7 Verschiedenes

Antragstext

- 1 Wir GRÜNEN setzen uns nachdrücklich für ein Stärkung der kommunalen
2 Energieversorgung, sei es durch kommunale Betriebe oder Genossenschaften, ein.
3 Daher möge der Landesparteitag von Bündnis90/Die Grünen Schleswig-Holstein
4 beschließen:
- 5 Die Landtagsfraktion soll darauf hinwirken, ein Maßnahmenpaket auf Landesebene
6 zu erlassen, welches die Kommunen deutlich besser in die Lage versetzt, ihre
7 Energie- und insbesondere Wärmeversorgung lokal vor Ort sicher zu stellen.
- 8 Hierzu sind folgende Maßnahmen notwendig:
- 9 1. Privilegierung kommunaler Energieversorgungsprojekte bei
10 Genehmigungsverfahren
 - 11 2. Ausnahme kommunaler Windenergieprojekte (bis zu einer festgelegten
12 Größenordnung von beispielsweise ca. 2 MW Erzeugungsleistung je 1.000
13 Einwohner) von der Landesplanung, um Kommunen in die Lage zu versetzen,
14 lokal Windstrom für den (überwiegenden) Eigenverbrauch auch außerhalb von
15 Windvorranggebieten zu erzeugen
 - 16 3. Erleichterung bei der Genehmigung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen für
17 kommunale Energieversorgungsprojekte, hierzu zählen beispielsweise
18 ◦ keine Umwidmung für Freiflächen-PV von Agrar- in Gewerbeflächen, wenn
19 nach Nutzungsdauer ein Rückbau vorgesehen wird
20 ◦ Freiflächen-PV-Anlagen auch in Grünzügen bei Einhaltung
21 entsprechender Maßnahmen (z.B. Zäune mit Wildquerungen) zu erlauben
22 ◦ Freiflächen-PV-Anlagen auch in Mooren bei Einhaltung entsprechender
23 Maßnahmen zu erlauben
24 ◦ bessere regulatorische Rahmenbedingungen für Agri-PV-Anlagen
25 erlassen
 - 26 4. Weitere Hilfsangebote für Kommunen zur Initialisierung und Durchführung
27 von Energieprojekten anbieten. Hierzu zählen beispielsweise:
28 ◦ bessere personelle Ausstattung der EKI und der ib.sh Energieagentur
29 ◦ Sammlung von Vorzeigeprojekten und Best Practices bei der EKI
30 ◦ stärkere Einbindung der bestehenden Institutionen in die kommunale
31 Praxis
32 ◦ bessere Nutzung des Netzwerks der Klimaschutzmanager*innen als
33 Multiplikatoren

34

- mehr Infoveranstaltungen vor Ort

35

- konkrete Hilfestellung bei der Gründung kommunaler Betriebe

Begründung

Die Zeit drängt!

Durch die Energiekrise und allen voran durch die Klimakrise stehen wir alle ohnehin schon unter Druck möglichst schnell die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu beenden und den Ausbau von erneuerbaren Energien voranzutreiben.

Für die Kommunen entsteht nun zusätzlicher Zeit- und Handlungsdruck, da sie durch neue gesetzliche Vorgaben wie Novellierung des GEG sowie Wärmeplanungsgesetz und der damit verbundenen Erwartungshaltung der Bürger verstärkt gezwungen sind, kommunale Energie- und vor allem Wärmeversorgung zu planen und anzubieten.

Hier besteht unmittelbarer Handlungsbedarf unsere Kommunen dazu in die Lage zu versetzen!

Derzeit fehlt es vor Ort in aller Regel an Knowhow und Kümmerern. Daher werden Informations- und Hilfsangebote für die Kommunen immer wichtiger.

Daneben verhindern bzw. erschweren derzeitige gesetzliche Regelungen die Umsetzung von bereits geplanten kommunalen Projekten bzw. die Planung neuer Projekte. Zum Beispiel ist es derzeit kaum möglich für den kommunalen Eigenbedarf Windkraftanlagen außerhalb von Windvorrangflächen zu bauen. Hier bedarf es einer Privilegierung bzw. Ausnahmeregelung für kommunale Projekte, die primär den Eigenverbrauch abdecken sollen. Ähnlich sieht es bei Auflagen für Freiflächen-Photovoltaikanlagen aus. Beispielsweise ist die erzwungene Umwidmung von Agrarflächen in Gewerbeflächen als Voraussetzung für die Errichtung der Anlagen oftmals nicht möglich. Auch die Doppelnutzung für Landwirtschaft und Energieerzeugung mit Agri-PV ist derzeit nicht hinreichend reguliert.

Diese Hemmnisse wollen wir GRÜNEN durch geeignete Gesetzänderungen abbauen und zusätzliche Hilfen und Beratungsangebote für die Kommunen aufbauen.

Die kommunale Energieversorgung bietet viele Vorteile:

- Steigerung der Versorgungssicherheit durch Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern
- sie garantiert stabile Preise durch größtmögliche Unabhängigkeit von der Strombörse
- lokale Wertschöpfung und sichere Einnahmequellen für unsere Kommunen
- Reduzierung des Netzausbaus, da Energie dort erzeugt wird, wo sie verbraucht wird
- essenzieller Beitrag für Gelingen der Energiewende

ENERGIE AUS DER GEMEINDE FÜR DIE GEMEINDE - sicher, bezahlbar, klimaneutral

Daher wollen wir GRÜNEN unsere Kommunen zeitnah in die Lage versetzen, dies auch umsetzen zu können!

Leider findet sich bisher kein Antrag in dieser Richtung auf der Agenda. Durch den unmittelbaren Handlungsdruck auf die Kommunen müssen wir hier zeitnah tätig werden. Daher stelle ich diesen zugegebenermaßen sehr kurzfristigen Dringlichkeitsantrag.